

de Arlandis, Irmgard

Article — Digitized Version

## Spaniens Investitionsbedarf und die Wirtschaftshilfe der USA

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* de Arlandis, Irmgard (1955) : Spaniens Investitionsbedarf und die Wirtschaftshilfe der USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 8, pp. 465-467

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132134>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrie zu produzieren haben werde, deren Entwicklung man daher nicht drosseln solle.

Der Entwurf der Nationalökonomien macht weiter auf den schwerwiegenden Mangel an qualifizierten Kräften für die Verwaltung der staatlichen Unternehmen aufmerksam. Bis jetzt wurde von der Regierung ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses gelegt. So haben während der letzten Jahre nicht weniger als 3 000 junge Inder, von denen viele bereits in ihrer Heimat sich Universitätsgrade erworben hatten, ihre technischen Kenntnisse in der Bundesrepublik vervollkommen. Alle von der Regierung eingegangenen Kontrakte, wie z. B. das Projekt über die Errichtung des Stahlwerks in Gemeinschaft mit der Krupp-Demag-Gruppe, enthalten die Klausel, daß Inder in dem Land der betreffenden Lieferfirma oder in Indien von dieser Firma ausgebildet werden müssen. Doch hat man es bis jetzt offenbar versäumt, auch für die entsprechenden leitenden Verwaltungsposten geeigneten Nachwuchs heranzuziehen. Der Staat hat bereits ausgedehnte Maschinenfabriken, ferner chemische, pharmazeutische und Verkehrsunternehmen, sowie die großen Dammprojekte unter eigener Regie, von denen die letzteren, verbunden mit Kraftwerken, seit mehreren Jahren im Bau sind und im Laufe des zweiten Fünfjahresplans vollendet werden sollen. In diesen Fällen hat man sich bisher meistens damit geholfen, daß man Beamte (eine Reihe von ihnen noch aus dem ehemaligen, hochqualifizierten „Indian Civil Service“) an die Spitze dieser in Form von Aktiengesellschaften geführten Betriebe gestellt hat. Manchenorts hat nun der Beamte, der möglicherweise in einer Behörde am richtigen Platz ist, versagt. Es wäre auch nicht damit gedient, für solche leitenden Stellen Kaufleute aus

der Privatindustrie heranzuziehen, weil sie auch dort infolge von Erweiterungen und Modernisierungen benötigt werden, ja heute schon vielfach gleich knapp sind. Die Beschäftigung von Ausländern kommt offensichtlich nicht in Betracht, denn die Regierung verfolgt eine recht rigorose Politik in der Erteilung von Visa für eine längere Zeitdauer. In der Praxis werden solche Visa fast nur noch Spezialtechnikern gewährt, und auch dann meist mit der Auflage, während der Zeit Einheimische auszubilden. Die bestehenden Commercial Colleges sind nicht — oder jedenfalls noch nicht — in der Lage, wie die deutschen Handelshochschulen oder die amerikanischen Business Administration Schools der Harvard- und Columbia-Universität, die für gehobene kaufmännische Positionen erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln.

Im Rahmen dieser Ausführungen konnten Probleme der indischen Fünfjahrespläne hauptsächlich nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Das Erziehungsprogramm, das eigentlich auf Grund der Verfassung allgemeinen Schulzwang ab 1960 vorsah, wird aus Mangel an Mitteln langsamer verwirklicht werden und voraussichtlich dieses Ziel erst in einem dritten Fünfjahresplan erreichen. Auch die eingangs erwähnten „Community Projects“, die im zweiten Plan auf das ganze Land ausgedehnt werden sollten, werden zwar auf neue Gebiete erstreckt werden, jedoch erst nach 1961 das ganze Land erfassen.

Trotz vieler Unzulänglichkeiten, die sich bei der Durchführung des ersten Plans ergeben haben, und mancher Schwierigkeiten, die sich im Laufe des zweiten nicht vermeiden lassen werden, bedeuten die beiden Fünfjahrespläne Indiens ein großartiges und Achtung gebietendes Experiment, durchgeführt nach den fairen Regeln der Demokratie — von Männern, die vom besten Willen beseelt sind.

## Spaniens Investitionsbedarf und die Wirtschaftshilfe der USA

Dr. Irmgard de Arlandis, Madrid

Aus verschiedenen Gründen — vor allem durch den geringen Leistungsstand der Landwirtschaft und wegen mancher teils aus Marktgründen, teils infolge ihres unökonomisch orientierten Aufbaus nicht immer rationell arbeitenden Industrien — ist die Kapitalbildung in Spanien im Vergleich zum Investitionsbedarf völlig unzureichend. Durch die erforderlichen Investitionen muß nicht nur die unterlassene Rationalisierung und Modernisierung der Industrie und Landwirtschaft nachgeholt werden, sondern gleichzeitig sind neue Industrien und Arbeitsmöglichkeiten für die rasch wachsende Bevölkerung bereitzustellen, das Verkehrsnetz muß entwickelt werden, den Wohnungsbau gilt es in großem Stile voranzutreiben, und es müssen die Gegenleistungen für die Bauten militärischen Charakters erstellt werden, die durch den Pakt mit den USA übernommen worden sind.

Die Kapitalbildung beträgt bisher nur 12 % des Volkseinkommens, und das für die Spartätigkeit und somit für Investitionen verfügbare Einkommen wird noch

reduziert durch die Preiserhöhungen als Folge der Tatsache, daß die öffentliche Kreditgewährung stärker stieg als Produktion und Produktivität. „Die amerikanische Wirtschaftshilfe ist bedeutend — aber unser Bedarf ist noch größer“, erklärte Handelsminister Arburura am Eröffnungstage der Mustermesse von Barcelona. Der Gesamtinvestitionsbedarf Spaniens für Industrie und Landwirtschaft wurde in einer Enquête der Banco Urquijo vom Jahre 1949 auf rund 700 Mill. \$ geschätzt. Einbegriffen waren natürlich die Aufwendungen für den Aufbau bzw. die Modernisierung der Handelsflotte sowie der Eisenbahnen, deren Direktprogramm bisher rund 120 Mill. DM, zum allergrößten Teil spanischer Herkunft, verschlungen hat; doch sind im Hinblick auf die Terrainschwierigkeiten und den ungewöhnlich hohen Nachholbedarf noch besonders große Mittel erforderlich.

Die amerikanische Wirtschaftshilfe (mit insgesamt zweimal 85 Mill. \$) mutet daher den wirklichen Erfordernissen gegenüber als sehr bescheiden an — auch

wenn man nicht die Höhe der Beträge ins Auge faßt, die anderen Staaten zugeflossen sind, deren echter Investitionsbedarf erheblich geringer war als der Spaniens. Da jedoch die ersten 85 Mill. \$ die Bereitstellung des Gegenwerts in Pesetas notwendig machten, und da die ständige Kreditgewährung der Zentralnotenbank an den Staat ohnehin den Kapitalmarkt anspannt, ist die Begrenzung, die von Spanien für Auszahlungen an Gegenwertleistungen gefordert wird, sehr verständlich. Die Angleichung der Gehälter für spanische Angestellte amerikanischer Firmen an die spanischen Gehälter (die rund 40 % der Nominalgehälter in US-Firmen betragen) ist zwar volkswirtschaftlich zu verstehen — hat aber praktisch dazu geführt, daß spanische Spezialisten oder alle Angestellten und Arbeiter, die bereits in einer einigermaßen sicheren Stelle sind, es vorziehen, nicht in den US-Betrieben zu arbeiten, da sie dort keinen Entlassungsschutz genießen. Darunter leiden aber sowohl das Tempo als auch die Leistung der amerikanischen Bauten, und man erwartet, daß die 1000 km lange Pipe-line von Cadix über Madrid nach Saragossa erst in etwa zweieinhalb Jahren fertig sein wird. Die Marinebasis in La Rota-Cadix ist relativ weit fortgeschritten, die Luftbasen Torrejon (Madrid) und Saragossa kämpfen mit technischen Schwierigkeiten (Wasserversorgung), die ebenfalls zusätzliche Aufwendungen erforderlich machen und sich zeitlich auswirken werden.

Von den 85 Mill. \$ des ersten Wirtschaftskredits sind bisher rund 60 Mill. vergeben (durch ein kompliziertes Ausschreibungsverfahren, das der Billigung eines Interministeriellen Ausschusses bedarf). Inzwischen haben zwar noch einige Sonderkredite ihren Weg nach Spanien gefunden, z. B. ein Kredit der amerikanischen Baumwollproduzenten an die katalanische Textilindustrie zum Ankauf von Baumwolle, oder ein Kredit der Caritas, die landwirtschaftliche Überschußprodukte wie Milch, Butter, Fett und Nahrungsmittel gratis an die bedürftige Bevölkerung abgeben läßt, nachdem eine Einfuhr im Rahmen des kommerziellen Austausches einen Proteststurm der spanischen Landwirte auslöste. Als Investitionshilfe jedoch sind nur die erwähnten ersten 85 Mill. \$ anzusehen, deren Verteilung folgendermaßen aussieht (in 1000 \$):

Technische Beratung	1 000
Rohstoffe	30 850
Landwirtschaft	8 450
Öffentliche Arbeiten	500
Eisenbahn	11 000
Zivile Luftfahrt	700
Verschiedene Industrien zur Landesverteidigung	1 000
Verbesserungen im Stromnetz	5 000
Kraftwerke	7 500
Zement	4 000
Eisen- und Stahlindustrie	8 000
Kohle	2 500

Mit den insgesamt zur Verfügung stehenden 170 Mill. \$ sollte an sich das gesamte Investitionsprogramm bewältigt werden — was heute offiziell als unzureichend angesehen wird. Für die eisenschaffende Industrie allein werden nach Angaben des Handelsministers ca. 55—60 Mill. \$ benötigt, 117 Mill. \$ müssen für Einfuhren lebenswichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel eingesetzt werden, und zu den 173 Mill. \$, die für eine

wirkliche Lösung des Elektrizitätsproblems erforderlich sind, hat Spanien selbst 145 Mill. \$ beigetragen, teilweise aus Einkünften des Außenhandels. Es ist zu berücksichtigen, daß nicht nur neue hydraulische und thermische Kraftwerke gebaut werden müssen, sondern daß auch das Stromverteilungsnetz — in dem ungewöhnlich hohe Leitungsverluste entstanden — völlig erneuert und der Maschinenpark der bestehenden Umschaltwerke erweitert und erneuert werden müssen. Da die privaten Elektrizitätsgesellschaften nur zögernd Erlaubnis zur Kapitalerweiterung bekamen und erst vor ganz kurzer Zeit autorisiert wurden, ihre Vorkriegstarife um 50—100 % zu erhöhen (während der offizielle Preisindex auf Basis 1939 auf rund 600 im Jahre 1954 heraufgeklettert war), ist der ungewöhnlich hohe Nachholbedarf in diesem Sektor zu verstehen. Spanien hat mit den USA einen Vertrag über die friedliche Ausnutzung der Atomenergie geschlossen, und es verlautet, daß der Bau eines Atomreaktors und die Lieferung von U-235 durch die USA bereits geplant sind. Spanien besitzt Uranerze mit einem Gehalt von etwa 850 t Reinuran in verstreut liegenden abbauwürdigen Lagern (Sierra de Montanches, Caceres, Badajoz, und bei Cordoba). Weitere Lagerstätten befinden sich in Colmenar Viejo bei Madrid, in Santa Coloma de Gramenet (Provinz Barcelona) sowie bei Segura de Leon.

Angesichts der periodischen Dürren, die die Energiegewinnung aus Wasserkraft gefährden, und infolge der hohen Kosten der thermischen Stromgewinnung in Spanien ist es nicht verwunderlich, daß man an einer Lösung des besonders schwierigen Stromproblems auf dem Weg über die Ausnutzung der Atomenergie besonders interessiert ist. Dies würde natürlich besonders große Investitionen bedingen. Es sind aber Anzeichen dafür vorhanden, daß sich auch amerikanisches Privatkapital für Investitionen in Spanien interessiert. Die Produktivität muß allerdings gesteigert werden — daher die in den letzten Monaten begonnene Aktivität zur Leistungssteigerung, Schulung von Ingenieuren und Angestellten, Arbeitern und Verwaltungsfachleuten, Austausch von Kommissionen und Ingenieuren, Einsetzung von beratendem technischen Personal etc.

Wenn die spanischen Aktiengesellschaften heute zusammen ein Kapital von 80 Mrd. Pesetas besitzen, so ist dies gering im Vergleich zu dem eingangs erwähnten Investitionsbedarf. Der allgemein niedrige Stand der Aktienkurse (z. B. der Elektro-Werte, die heute mit rund 80 % ihres Nominalwertes von 1936 notiert werden) ist das Barometer der geringen Anlagebereitschaft — oder Anlagefähigkeit — des spanischen Kapitals. Wenn der Index der industriellen Produktivität (1929=100) bis zum Jahre 1953 auf nur 187 gestiegen ist, der Index der landwirtschaftlichen Produktivität sogar auf 83,4 gesunken ist, dann wird die Spannung ersichtlich, in der sich die spanische Wirtschaft befindet.

Erst die systematische Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität, die den Absatz der heimischen Industrie sicherstellen würde, könnte ein rentables Arbeiten der Industrie gewährleisten. Vorher aber müssen die Sek-

toren Verkehr, Stromversorgung und Bewässerung entsprechend ausgebaut werden — was mit riesigen Investitionen verbunden ist.

Das neue staatliche Stahlwerk Avilés will die Stahlversorgung des Landes soweit steigern, daß pro Einwohner 70 kg Stahl zur Verfügung stehen — bisher etwa 37 kg jährlich gegenüber 110 kg in Großbritannien. Die Industrialisierung Spaniens setzt eine Intensivierung der Landwirtschaft sowie eine ausreichende Versorgung mit Energie und Verkehrsleistungen voraus. Die amerikanischen Investitionen, die unter dem Gesichtspunkt der Basenbauten vorgenommen wurden, haben logischerweise zunächst die Vortreibung der industriellen Arbeiten begünstigt, danach aber entsprechend dem realen Bedarf auch dem Verkehrswesen und der Landwirtschaft Hilfe gewährt. Die weitere Entwicklung der Investitionen wird von

der Höhe der verfügbaren Mittel abhängen. Daß sich Engpässe bilden, ist angesichts der generellen Höhe des Bedarfs in allen Sektoren nicht verwunderlich. Die Erhöhung der Produktivität und die Anpassung des Investitionstempos an die realen Gegebenheiten der Produktion sind die größten Schwierigkeiten, denen sich jegliche Investitionstätigkeit in Spanien gegenüber sieht. Im Außenhandel sind die USA z. Zt. vorherrschend — aber der Güteraustausch mit anderen Ländern wird als notwendige Ergänzung angesehen. Die Ausschreibungen der Unterlieferungen für die amerikanischen Bauten werden allen Ländern offen gehalten. Man hofft, daß sich nun auch deutsches Kapital wieder am Ausbau der spanischen Wirtschaft beteiligen wird. Echter Bedarf ist jedenfalls steigend vorhanden — die Schwierigkeit liegt nur darin, die Form der spanischen Gegenleistungen zu finden.

## Die Nahrungsmittelindustrie in der Bundesrepublik

Herbert Morgenbesser, Hamburg

Der deutschen Nahrungsmittelindustrie sind eine Vielzahl von Einzelsparten zuzurechnen. Die Teigwarenindustrie, die Hersteller von Suppen- und Brüh-erzeugnissen, die Back- und Puddingpulverfabriken, die Backhilfsmittel erzeugenden Betriebe sowie die Hersteller von diätetischen Nahrungsmitteln fallen unter diesen Sammelbegriff. Ende April 1955 umfaßte die gesamte Nahrungsmittelindustrie des Bundesgebiets 249 Betriebe mit insgesamt 17 756 Beschäftigten (darunter 9 643 weiblichen Arbeitskräften), wobei nur Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten gezählt sind. Von der Gesamtzahl der in dieser Industrie tätigen Personen entfallen auf Inhaber und Angestellte einschließlich der kaufmännischen Lehrlinge 5 607 (davon 2 077 weibliche), auf Arbeiter 12 086 (davon 7 561 weibliche) und auf gewerbliche Lehrlinge 63. Eine Vorstellung von der standortlichen Verteilung der Nahrungsmittelindustrie nach Anteilen an den Beschäftigtenzahlen gibt folgende Übersicht:

### Beschäftigtenzahlen der Nahrungsmittelindustrie

(Ende April 1955, Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Land	Beschäftigte	Land	Beschäftigte
Bundesgebiet insgesamt	17 756	Hessen	1 117
Schleswig-Holstein	93	Rheinland-Pfalz	533
Hamburg	936	Baden-Württemberg	7 347
Niedersachsen	2 473	Bayern	2 283
Bremen	166	außerdem West-Berlin	246
Nordrhein-Westfalen	2 808		

Nahrungsmittelbetriebe sind über das ganze Bundesgebiet verstreut. Ein gewichtiger Schwerpunkt dieses Industriezweiges ist Nordrhein-Westfalen, wo sich im Laufe der Zeit eine der bedeutendsten Gruppen der Branche mit einem erheblichen Anteil an der Gesamtproduktion der Bundesrepublik angesiedelt hat. Für die süddeutsche Nahrungsmittelindustrie ist die Vielzahl standortlich weit verstreuter Mittel- und Kleinbetriebe typisch, denen nur wenige Großfirmen — darunter einige von Weltruf — gegenüberstehen. Insbesondere die Teigwarenindustrie hat ihre standortlichen Schwerpunkte in Süddeutschland. Auf Baden-Württemberg

entfallen über 40 % der gesamten westdeutschen Teigwarenproduktion, weitere 20 % auf Bayern und Hessen. In Württemberg-Baden entspricht die Struktur der Teigwarenindustrie dem Aufbau der dortigen Gesamtwirtschaft. Kleine und mittlere Betriebe überwiegen. Im Gegensatz zu früher ist die Teigwarenindustrie allerdings heute nicht nur im Süden, sondern auch im Norden des Bundesgebiets mit erheblichen Kapazitäten vertreten.

Die Nachkriegsentwicklung der deutschen Nahrungsmittelindustrie ist wie diejenige der meisten anderen Branchen durch die Zäsur der Währungsreform nachhaltig beeinflußt worden. Vor dem „Tag X“ trug die Rohstoffversorgung der Nahrungsmittelfabriken einen ausgesprochen improvisierten Charakter. Überwiegend wurde Mais verarbeitet. Die daraus hergestellten Fabrikate stießen sowohl beim Handel als auch bei den Verbrauchern vielfach auf skeptische Ablehnung. Ein stärkerer Konsum war vornehmlich dadurch gegeben, daß die Herstellung anderer Nahrungsmittel mangels Rohstoffen eingeschränkt blieb. Nach der Währungsumstellung wurde es möglich, die Rohstoffversorgung der Nahrungsmittelindustrie auf eine breitere Grundlage zu stellen, was zur Folge hatte, daß die bisher von deutschen Verbrauchern nur mehr oder weniger notgedrungen aufgenommenen Fabrikate stark vernachlässigt wurden. Schon im Jahre 1948 war es möglich, in größerem Umfang die Produktion von Stärkeerzeugnissen wieder aufzunehmen, wodurch sich die Situation der Nahrungsmittelfirmen, die vornehmlich Stärkemehl und Stärkezucker verwendeten, erheblich verbesserte. In der zweiten Hälfte 1948 konnte bereits die regelmäßige Zuweisung von Stärkeprodukten an die Nahrungsmittelindustrie als ziemlich gesichert angesehen werden. Immerhin ergaben sich auch nach der Währungsreform zeitweilig noch Rohstoffbeschaffungsschwierigkeiten für verschiedene Branchen der Nahrungsmittelindustrie. Aber schon im Laufe des Jahres 1949 besserte sich die Versorgungslage zu-